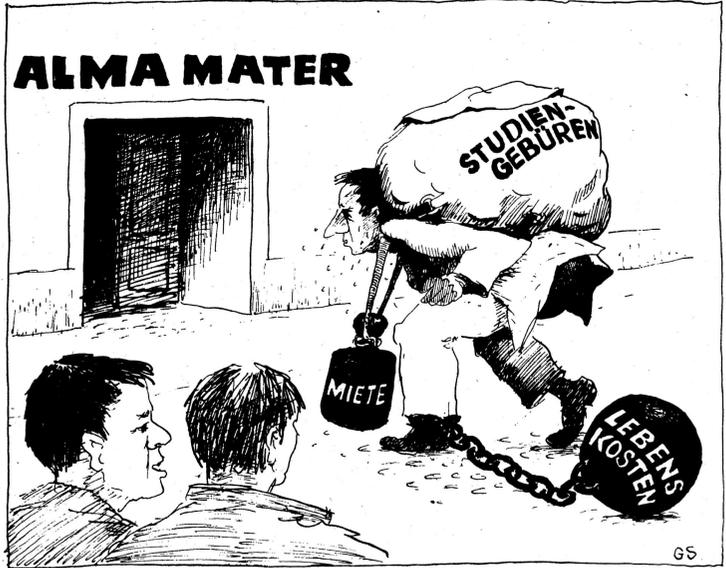


den sogar bis auf 300 DM erhöht. All das zeigt: Verschlissen bleiben denjenigen die Hochschultore, die nicht über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügen! Oder anders gesagt: so sieht die Praxis in der angeblich so freiheitlichen kapitalistischen Welt aus. Bildungspolitik ist Klassenpolitik. Und dort, wo Konzerne und Banken herrschen, unternehmen sie alles, um das bürgerliche Bildungsprivileg zu zementieren.

Nicht Chancengleichheit, sondern Chancenungleichheit - das ist das Markenzeichen imperialistischer Bildungspolitik. So stellte eine in der BRD angefertigte Studie unter anderem folgendes fest: „Der Anteil unter den Studenten, die aus der hohen sozialen Herkunftsgruppe stammen, hat zwischen 1982 und 1985 um vier Prozent zugenommen. Auf der anderen Seite ist der Anteil unter den Studenten aus der mittleren und niedrigeren Herkunftsgruppe um zwei bzw. drei Prozent gesunken.“

Wie sehr reaktionäre Hochschulpolitik den Bildungsprozeß deformiert, wird auch aus einem anderen Trend erkennbar: Immer mehr Professoren und Studenten müssen für Konzerninteressen forschen. Die Monopole haben das Sagen, weil sie das große Geld haben. Zu ihren Gunsten und für die Hochrüstung verteilt der imperialistische Staat das Nationaleinkommen um, kürzt dabei die Bildungsausgaben. Beispiel BRD: 1975 wurden pro Student 17455 DM auf gewendet, 1983 nur noch 12 222 DM; der Rüstungshaushalt stieg in den letzten vier Jahren um 12,5 Prozent, der Bildungsetat sank um neun Prozent. Das ist kapitalistischer Alltag. Ein Alltag, der geprägt wird vom Kampf um die Existenz, von der Angst um die Zukunft, von Ausbeutung und Unterdrückung.

Es sind die herrschenden Produktionsverhältnisse, die die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden, die das



„Junge, sei bloß froh, daß du nicht studieren darfst...“

Zeichnung: Gerd Sadzinski

Manko an Ausbildungs-, Studien- und Arbeitsplätzen anschwellen lassen, die jedoch alle Voraussetzungen für eine profitträchtige Zukunft der Unternehmer bieten. Doch die Jugendlichen in den kapitalistischen Staaten geben sich immer weniger mit diesen Verhältnissen zufrieden, wie machtvolle Protestaktionen von Schülern und Studenten jüngst in Frankreich, der BRD und anderen westeuropäischen Staaten beweisen. Sie kämpfen und demonstrieren für bessere Ausbildungs- und Lehrverhältnisse, solidarisieren sich mit dem Kampf der Väter um Arbeitsplätze. Gewerkschafter und Kommunisten schalten sich in die Auseinandersetzungen um Berufsausbildung und Studium verstärkt ein. Und alle gemeinsam machen sie das Thema, das sie am meisten bewegt und um das sich die Zukunftssorgen vor allem drehen, die Sicherung des Friedens und das Streben nach Abrüstung, zum Hauptthema ihres Streitens für die Zukunft.

Ein sehr anschaulicher Beleg dafür war der 9. Bundeskongreß der SDAJ im Mai in Frankfurt (Main).

Im Bericht des Bundesvorstandes der marxistischen Jugendorganisation der BRD heißt es unter anderem: „Friedenskampf - das steht nicht im Widerspruch zum Aufgreifen der konkreten Interessen Jugendlicher vor Ort, sondern ist direkt damit verbunden. Wir wollen eine qualifizierte Ausbildung und eine nützliche Arbeit... Wir wollen ein Beschäftigungsprogramm und sinnvolle Investitionen. Darum: Abrüsten jetzt!“

Mit dieser Forderung wissen sich die Jugendlichen in der BRD und anderen kapitalistischen Ländern eins mit der Jugend im Sozialismus, die alle Kraft für die Erhaltung des Friedens einsetzt. Denn nur im Frieden hat die Jugend die Chance auf sinnerfüllte Arbeit, kann sie ihre Fähigkeiten und Talente entfalten. „Deshalb ist verantwortungsbewußte Jugendpolitik“, so Genosse Erich Honecker auf dem Internationalen Friedensseminar im März in Berlin, „stets eine gezielte Zukunftsinvestition.“

Dr. Manfred Klaus